

## 8. Schluss: Quo vadis LINKE?

---

### 8.1 Die Ausgangssituation der LINKEN zu Beginn der 2020er Jahre

2023, fast vier Jahre nach dem Erhebungszeitraum für die vorliegende Studie und 16 Jahre nach der Vereinigung von PDS und WASG, stand DIE LINKE vor der größten Zerreißprobe ihrer Parteigeschichte, in der schlussendlich die existenzielle Frage des Fortbestands als geeinte Partei mit bundespolitischer Relevanz im Mittelpunkt stand.

Bereits bei der Europawahl 2019 auf nur 5,5 Prozent der Stimmen gestürzt, rettete sie bei der Bundestagswahl 2021 lediglich die Grundmandatsklausel: Durch drei gewonnene Direktmandate – Gregor Gysi, Gesine Lötzsch und Sören Pellmann – blieb DIE LINKE trotz Scheiterns an der Fünf-Prozent-Hürde in Fraktionsstärke erhalten. Machtoptionen, etwa durch ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene, bestanden schon nach der Bundestagswahl 2017 rein rechnerisch nicht: Nach dieser verlor DIE LINKE ihren Status als Oppositionsführerin und bestand nunmehr lediglich als fünftstärkste Kraft im Parlament hinter AfD und FDP<sup>1</sup>, wodurch sie für die Regierungsbildung keine Rolle spielte und darüber hinaus ein Defizit in der medialen Berichterstattung und der Rückgang des öffentlichen Interesses an der Partearbeit der LINKEN erwachsen.<sup>2</sup> Trotz kurzzeitigen Aufflammens rot-rot-grüner Gedankenspiele im Zuge des Wahlkampfs 2021 erschien das Bündnis von SPD, Grünen und LINKEN bereits und nicht zuletzt wegen außenpolitischen Kontroversen unrealistisch.<sup>3</sup> Final scheiterte es dann erneut an fehlenden Mehrheiten.

Die verhaltene Bewertung der Wähler hinsichtlich der politischen Kompetenz der Partei, die in allen Politikfeldern bereits 2017 hinter ihrer Konkurrenz lag, zeugte zusätzlich nicht von einer überzeugenden Programmatik.<sup>4</sup>

Die Ausgangssituation der LINKEN zu Beginn des neuen Jahrzehnts zeichnete sich vor allem durch drei Rahmenfaktoren aus, in deren Folge die Mitgliederzahl der Partei

---

1 Vgl. Träger 2020a, S. 167f.

2 Vgl. Lang 2018, S. 56.

3 Vgl. Hebel 2021; SPIEGEL Online 2021.

4 Vgl. Träger 2020a, S. 167.

binnen kurzer Zeit von über 60.000 auf etwa 54.000 Mitglieder<sup>5</sup> im Jahr 2023 stürzte: 1) interne Grabenkämpfe in Krisenzeiten nebst fehlenden Machtoptionen, 2) die Alternative für Deutschland als Konkurrenzpartei im Wettbewerb um Protestwählerpotenziale und 3) der Rückzug der Partei aus der Fläche.

a) Spaltung im Schatten von Pandemie und Krieg Ab März 2020 wurden die ersten Folgen der weltweiten Covid-19-Pandemie auch in der Bundesrepublik spürbar. Corona sollte die Bevölkerung mit allen Diskussionen um angemessene Eindämmungsmaßnahmen und der Debatte um das Für und Wider einer Impfpflicht über drei Jahre begleiten. Im Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine und startete einen bis heute fortwährenden Angriffskrieg, dessen vielfältige Folgen die Deutschen etwa in Form von wirtschaftlichen Turbulenzen, Energiekrise, Preissteigerungen im alltäglichen Bedarf und einer neuen Flüchtlingswelle traf.<sup>6</sup> Die von Bundeskanzler Olaf Scholz unmittelbar nach dem Überfall im Bundestag angekündigte »Zeitenwende«, die neben Waffenlieferungen an die Ukraine und härteren Sanktionen gegen Russland auch ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zum Aufbau der Bundeswehr ankündigte<sup>7</sup>, polarisierte darüber hinaus die deutsche Bevölkerung<sup>8</sup>. Der Beginn der 2020er Jahre, keinesfalls eine goldene Zeit, bot den Parteien jenseits der Regierungsbank angesichts beider Krisen folglich durchaus großen Profilierungsspielraum. Eine Stunde der Opposition, Momentum für DIE LINKE?

DIE LINKE konnte sich angesichts krisenhafter Ereignisse sowie angespannter politischer Lagen in den 2000er und 2010er Jahren und in Opposition zu anderen Parteien des linken politischen Spektrums elektoral stabilisieren und in ihrer Neumitgliedererwerbung profitieren. Die sozial- und außenpolitische Abgrenzung als PDS von der SPD unter Gerhard Schröder, die Eurokrise, der arabische Frühling nebst Syrienkrieg und Flüchtlingskrise und die Wahl Donald Trumps in den Vereinigten Staaten sind dabei Beispiele für messbare Eintrittsimpulse (vgl. Abschnitt 6.5). Ob Corona-Pandemie und der Beginn des Ukrainekriegs ebenfalls gewichtige Impulse boten, kann ausgehend von den in dieser Studie gewonnenen Erkenntnissen nur vermutet werden. Fest steht jedoch, dass die Gesamtmitgliederzahl seit 2022 drastisch sank und die Partei mit etwa 54.000 Mitgliedern<sup>9</sup> zum Jahresende 2022 etwa ein Zehntel ihrer Gesamtmitgliederstärke verlor.

Eine besonders einschlägige Zäsur stellte messbar die Rede Sahra Wagenknechts am 8. September 2022 innerhalb der Bundestagsdebatte über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums dar, in der sie der Bundesregierung einen »beispiellosen Wirtschaftskrieg«<sup>10</sup> gegen Russland vorwarf. Im Folgemonat traf DIE LINKE eine massive

5 DIE LINKE 2023c.

6 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2023.

7 Vgl. Neitzel 2023, S. XI.

8 Vgl. Katsioulis et al. 2022, S. 61–63; Fix/Ganter 2022.

9 DIE LINKE 2023c.

10 Spiegel Online 2022b.

Austrittswelle, bei der nach Recherchen des ARD-Magazins »Kontraste« über 800 Mitglieder der Partei den Rücken kehrten.<sup>11</sup>

Gewiss stellte die Rede Wagenknechts nur den Höhepunkt einer Etappe im jahrelang brodelnden Konflikt der Partei mit einer ihrer prominentesten Vertreterinnen dar, deren Beliebtheitswerte in der Bevölkerung bereits nach der Bundestagswahl 2017 gar an jene von Partei-Urgestein Gregor Gysi heranreichten.<sup>12</sup> Bereits ihre im Gegensatz zum Parteitagbeschluss von 2018 getätigten migrationskritischen Äußerungen veranlassten parteiinterne Gegner dazu, ihr eine Nähe zu Programmpunkten der AfD nachzusagen.<sup>13</sup> Die Gründung der parallel zur LINKEN existierenden Sammlungsbewegung »Aufstehen« generierte 2019 ebenfalls skeptische Stimmen innerhalb der eigenen Partei<sup>14</sup> und als literarische Manifestation ihres Bruchs mit Teilen der LINKEN erschien das Buch »Die Selbstgerechten«<sup>15</sup>, in dem Wagenknecht vor allem den Linkskonservatismus mit sozioökonomischem Idealbild, verwurzelt in der Bonner Republik der 1960er und 1970er Jahre, wirbt.<sup>16</sup> Bei einer umfangreich mobilisierten Kundgebung am 25. Februar 2023 in Berlin bewarb Wagenknecht schließlich im Rahmen des Ukrainekriegs gemeinsam mit Frauenrechtlerin Alice Schwarzer ihr »Manifest für den Frieden«<sup>17</sup>, das sich insbesondere gegen Waffenlieferungen an die Ukraine richtet und für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzt. Zu den Unterstützern des Manifests und den Besuchern der Demonstration gehörten auch Anhänger der AfD, anderer Organisationen des rechten Spektrums sowie Personen aus dem »Querdenken«-Milieu, das sich während der Corona-Pandemie als Antipode zu den Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung nicht zuletzt aus rechtsextremen Kreisen und der Reichsbürger-Szene rekrutiert hatte.<sup>18</sup> Kritik an der Veranstaltung seitens LINKEN-Spitze, die eine fehlende Distanzierung Wagenknechts von der politischen Rechten sah, folgte.<sup>19</sup>

Die mit dem Ukrainekrieg verbundene parteiinterne Debatte zur Positionierung der LINKEN gegenüber Russland, der NATO und militärischer Unterstützung der Ukraine<sup>20</sup> können sicher nicht ausschließlich vereinfacht auf einen Zwiespalt zwischen Anhängern Sahra Wagenknechts und der restlichen Partei reduziert werden, dennoch zog dieser Konflikt jüngst den wohl tiefsten Graben durch DIE LINKE: Die Distanzierung des Parteivorstands von Sahra Wagenknecht und die offene Debatte über die Neugründung einer »Wagenknecht-Partei« (vgl. Abschnitt 7.9) stellte zweifelsfrei ein Novum in der neueren Geschichte der Grabenkämpfe innerhalb der LINKEN dar. Das ansonsten eher komplexe Geflecht unterschiedlicher Strömungen innerhalb der linken Sammlungspartei wich zu Beginn der 2020er Jahre polarisierend der Gretchenfrage, ob sich Mitglieder

11 Vgl. Fritsche 2022; Donath/Kooroshy/Pohl 2022; SPIEGEL Online 2022b.

12 Vgl. Hilmer/Gagné 2018, S. 399.

13 Vgl. Träger 2020a, S. 162.

14 Vgl. Rucht 2019.

15 Wagenknecht 2021.

16 Vgl. Hilsberg et al. 2022, S. 291 u. 302.

17 Schwarzer/Wagenknecht 2023.

18 Vgl. Kathe/Schäfer 2023; Krumbek 2023; Goertz 2022, S. 190.

19 Vgl. Rzepka 2023.

20 Vgl. Linden 2022; Staib 2023.

für oder gegen Wagenknecht aussprechen.<sup>21</sup> Inwiefern die Mehrheit der Parteiaustritte schlussendlich aus Solidarität ihr gegenüber zu erklären ist oder ob die Austritte die Folge einer ablehnenden Haltung gegenüber Wagenknechts Aussagen darstellen, kann durch diese Studie nicht abschließend erörtert werden. Wahrscheinlich jedoch ist eine ambivalente Mischung aus beiden Faktoren, wie bereits die Analyse der Beitrittsimpulse durch Spitzenpolitiker (vgl. Abschnitt 6.5) implizierte. Deutlich wird jedoch, dass das zerrüttete Verhältnis zwischen Wagenknecht, ihren Anhängern und der Partei, welches sich bereits in der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie und der Diskussion über linksliberale Tendenzen abzeichnete, mit dem Ukrainekrieg seinen Gipfel an einem besonders wunden Punkt innerparteilicher Debatten erreicht hatte. So spaltet der Streit über außenpolitische Leitlinien und insbesondere das Verhältnis zu Russland und der NATO die Partei nicht erst seit Wagenknechts Rede im Bundestag oder dem Aufruf zur Unterzeichnung des »Manifests für den Frieden«, wurde durch diese aber auf die Spitze getrieben.

Mario Dannenberg, LINKEN-Schatzmeister im Brandenburg, zog aus den etwa 60 Austrittsbegründungen, die seinen Landesverband im Zuge von Wagenknechts Rede vom 8. September 2022 erreicht haben, im Interview mit dem »Neuen Deutschland« folgendes Resümee:

»Schatzmeister Dannenberg zufolge lassen sich die Austrittsgründe in drei Gruppen einsortieren. Etwa 20 Ausgetretene sind demnach pro Russland eingestellt und kehren der Linkspartei zum Beispiel den Rücken, weil diese nicht genug Verständnis für den Präsidenten Wladimir Putin zeige. Rund 20 Ausgetretene beklagen, die Partei zeige zu wenig Solidarität für die von russischen Truppen angegriffene Ukraine. Die übrigen 20 Ausgetretenen wissen nach eigenem Bekunden in diesem Konflikt nicht mehr, wofür Die Linke überhaupt noch stehe.«<sup>22</sup>

Zu einem ähnlichen Fazit gelangte auch Stefan Glander, Vorsitzender der rheinland-pfälzischen LINKEN, der den Mitgliederschwund auch auf den Streit um Sahra Wagenknecht auf Bundesebene zurückführte.<sup>23</sup>

Insgesamt versetzte der Wagenknecht-Konflikt die Partei offenkundig in einen Zustand der Lähmung und generierte Unsicherheiten bei Mitgliedern und Wählern, die sich in der logischen Konsequenz nicht mehr sicher sein konnten, welche Positionen DIE LINKE in Grundsatzfragen vertritt. Der Ausgang des Grabenkampfes war zwar noch ungewiss, doch schien der endgültige Bruch des Wagenknecht-Lagers mit der Partei, der schlussendlich im Austritt der einstigen Galionsfigur Ende 2023 mündete, schon jetzt nur eine Frage der Zeit zu sein. Die von Wagenknecht in »Die Selbstgerechten« monierte Tendenz der Mitglieder hin zu mehr linksliberalen Standpunkten konnte bereits bei der Verortung im zweidimensionalen Politikraum durch die Befragungsergebnisse der vorliegenden Studie von 2019 belegt werden, gleichwohl die Untersuchung keinen Bezug auf die von Wagenknecht kritisierte identitätspolitische Programmatik<sup>24</sup> nimmt (vgl.

21 Vgl. hierzu auch Zahn 2023.

22 Vgl. Fritsche 2022.

23 Vgl. Zahn 2023.

24 Vgl. Wagenknecht 2021, S. 98–129.

Abschnitt 7.1). Auch im programmatischen Vergleich der Bundestagswahlprogramme von 2017 und 2021 kann ein »Linksruck« der Partei – und damit eine Distanzierung von »linkskonservativen« Positionen Wagenknechts – in den Politikfeldern Klima- und Migrationspolitik beobachtet werden<sup>25</sup>, der das ohnehin klar im linksliberalen Quadranten angesiedelte Wahlprogramm von 2021<sup>26</sup> zuungunsten des Wagenknecht-Lagers abrundete. Gleichzeitig verzeichneten ihre Anhänger Niederlagen bei Grundsatzbeschlüssen auf Parteitag, wie einerseits die migrationspolitische Debatte auf dem 6. Parteitag (vgl. Abschnitt 7.8) und andererseits die deutliche Ablehnung eines Änderungsantrags auf dem 8. Parteitag von 2022 belegt: In diesem hatten Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger versucht, den außenpolitischen Leitantrag in seiner überaus kritischen, verurteilenden Haltung gegenüber Russland zu entschärfen.<sup>27</sup> Die Stimme Wagenknechts mag in der Öffentlichkeit laut und populär sein – Umfragen im Jahr 2023 attestieren einer von ihr neu gegründeten Partei ein Wählerpotenzial um 20 Prozent<sup>28</sup> –, in der innerparteilichen Willensbildung vertrat sie jedoch ersichtlich Minderheitspositionen.

Die endgültige Abspaltung des Unterstützerkreises um Sahra Wagenknecht deutete nach Gründung des BSW nun auf eine Verstärkung der elektoral ohnehin schon prekären Situation der LINKEN, was nicht zuletzt auch durch den Verlust des Fraktionsstatus auf Bundesebene nahe lag. Neben finanziellen Konsequenzen war zudem davon auszugehen, dass auch die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN weiter in Mitleidenschaft gezogen wird und die bereits fehlenden Machtoptionen der Partei im politischen System<sup>29</sup> nochmals deutlicher auf den Prüfstand gestellt werden. Andererseits konnte DIE LINKE während des Streits um Sahra Wagenknecht durch einen Status Quo verbunden mit programmatischer Lähmung durch den Dauerkonflikt der unversöhnlichen Lager offenkundig weder Neumitglieder noch Wählerstimmen generieren.

b) DIE LINKE und die Alternative für Deutschland: Geteilter Protest? Der Aufstieg der AfD stellt für die LINKE neben Personaldebatten im Richtungsstreit mit Sahra Wagenknecht ein zweites großes Herausforderungsfeld dar.<sup>30</sup> Während bereits im Zuge der Bundestagswahlen 2013 und 2017 340.000 bzw. 400.000 Wähler, maßgeblich aus den neuen Bundesländern, von der LINKEN zur AfD wechselten<sup>31</sup>, verlor die Partei 2021 erneut 90.000 Stimmen zugunsten der Rechtspopulisten<sup>32</sup>, wodurch nicht zuletzt der beinahe endgültige Niedergang der Regionalpartei Ost besiegelt wurde. Beide Parteien waren nach wie vor elektoral im Osten deutlich erfolgreicher als im Westen<sup>33</sup>, jedoch mit zunehmenden Ungleichgewicht: So verlor DIE LINKE besonders in einem ihrer traditionellen Wählermilieus – bei den Protestwählern – Anschluss, die mit der AfD im ostdeutschen Kernland der Partei

25 Vgl. Jankowski et al. 2022, S. 64.

26 Vgl. Minas/Jun 2023, S. 106.

27 Vgl. SPIEGEL Online 2022c.

28 Vgl. Civey 2023; FOCUS 2023.

29 Vgl. Lang 2018, S. 56.

30 Vgl. Träger 2018, S. 4.

31 Vgl. ebenda, S. 5; Hilmer/Gagné 2018, S. 395.

32 dimap 2021.

33 Vgl. Jesse 2021, S. 26–31.

eine neue politische Heimat fanden.<sup>34</sup> Dass die AfD zudem »das Lager der Nichtwähler weitaus gründlicher leerte, als es Die Linke jemals vermochte«<sup>35</sup>, sollte einen weiteren erschwerenden Faktor für ernüchternde Wahlergebnisse und Zukunftsaussichten bilden, sodass die Partei lediglich von einer gestutzten Kernwählerschaft profitieren konnte<sup>36</sup>, die jedoch – gemessen an der Bundestagswahl 2021 – nicht ausreichte, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Gewiss kann der Erfolg der AfD nicht ausschließlich auf den Zugewinn von Wählern zurückgeführt werden, die die Partei ausschließlich aus Protest gegenüber anderen Parteien präferieren. Die AfD verfügt ausgehend von vorangegangenen Studien wie der Leipziger Autoritarismus-Studie zu den Einstellungen ihrer Wählerschaft über einen beträchtlichen Pool von Anhängern, die ein antidemokratisches und rechtsextremes Weltbild unterstützen<sup>37</sup> und somit nicht zur erklärten Zielgruppe der LINKEN gehören. Dieser umfasst etwa ein Drittel ihrer Wählerschaft.<sup>38</sup> Darüber hinaus agiert die AfD in ihrem Selbstverständnis als »Anti-Establishment-Partei«<sup>39</sup> als erfolgreicher Brückenkopf zwischen rechten Gesinnungswählern und Protestwählern:

»Die AfD-Wählerschaft stellt [...] einen Schattenbereich dar, in dem sich rechtsextreme und protestorientierte Bürger treffen können. Dies birgt eine Gefahr: Die sich im AfD-Umfeld entwickelnden Filterblasen fördern die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts unter ehemaligen Protestwählern. Damit leisten sie antidemokratischen Haltungen Vorschub.«<sup>40</sup>

Ein verbindendes Thema für rechtsextreme und protestorientierte Wähler stellt etwa die Bewertung der Flüchtlingspolitik dar, in der beide Wählergruppen ein restriktives Vorgehen bzw. die konsequente Ablehnung von liberalen Standpunkten teilen und überdies in der AfD ein Sammelbecken finden.<sup>41</sup> Ausgehend von der Erkenntnis, dass sich die Adressaten von AfD und LINKEN nicht nur mit Blick auf ihre Sozialstruktur ähneln – beide Parteien sprechen überwiegend Wähler der unteren Schichten an –, sondern auch eine gewisse Unzufriedenheit gegenüber der herrschenden Politik und persönliche Abstiegssängste teilen<sup>42</sup>, entsteht eine schwierige Situation für DIE LINKE: Einerseits streiten beide Parteien um ähnliche Wählergruppen, wobei es der LINKEN im Gegensatz zur AfD etwa nicht gelang, elektoralen Profit aus der Migrationsfrage zu generieren.<sup>43</sup> Dieser Trend sollte sich wohl auch in den bereits thematisierten Kernfragen der Coronapandemie und des russischen Überfalls auf die Ukraine fortsetzen: Bei beiden Themen

34 Vgl. Jesse 2018, S. 185; Lang 2018, S. 15f.

35 Lang 2018, S. 5.

36 Vgl. ebenda.

37 Vgl. Decker et al. 2022, S. 59–61 u. 86; Celik/Decker/Brähler 2020, S. 171f.

38 Vgl. Pickel et al. 2022, S. 193; Bertelsmann Stiftung 2021, S. 3.

39 Decker 2022.

40 Pickel et al. 2022, S. 193.

41 Vgl. Decker 2022; Hambauer/Mays 2018, S. 150f.

42 Vgl. Jesse 2021, S. 30; Hambauer/Mays, S. 150.

43 Vgl. Jesse 2021, S. 31.

vertrat und vertritt die AfD eine deutlich klarere Anti-Establishment-Haltung im Gegensatz zu einer LINKEN, die sich – wie bereits in a) erläutert – zeitgleich in internen Richtungsstreits verlief. Andererseits bildet der Protest nicht zuletzt sowohl einen wichtigen Beitrittsanreiz als auch tragenden Motivationsimpuls für einen Teil der (Neu-)Mitglieder (vgl. Abschnitte 6.1 und 6.2). Entsprechend scheint es ausgehend von den Ergebnissen der Leipziger Autoritarismus-Studie nur schlüssig, dass die AfD auf ein größeres Rekrutierungspotenzial von Mitgliedern und Wählern zurückgreifen kann, da es ihr im Gegensatz zur LINKEN erfolgreicher gelingt, ein potentes Sammelbecken für Personenkreise zu schaffen, für die Protestfaktoren wichtige Schlüsselimpulse darstellen.

Schlussendlich belegten die Niederlagen der auf eine kleine Kernwählerschaft reduzierten LINKEN und die gleichzeitigen Erfolge der AfD bei den Wahlen und Wahlumfragen 2023/24, dass zwar ein geteiltes Protestpotenzial der beiden Parteien durch Überschneidungen ihrer adressierten Wählergruppen durchaus vorlag, in der Praxis jedoch die AfD im Wettbewerb um Proteststimmen als Siegerin in den Wahlkämpfen der ausgehenden 2010er und eingehenden 2020er Jahre hervortreten konnte.

Langfristige Folgen der Parteineugründung um Sahra Wagenknecht konnten darüber hinaus bislang nicht sicher validiert werden. Eine weitere Verschärfung im umkämpften Wählermarkt der Proteststimmen dürfte für DIE LINKE jedoch eine zusätzliche Herausforderung darstellen.

c) Urbanisierung, Überalterung und der lange Abschied aus der Fläche Dass sich DIE LINKE in ihrem Selbstverständnis inhaltlich für kleine und mittlere Unternehmen, ökologische Landwirtschaft, möglichst regionale Wirtschaftskreisläufe und die flächendeckende Daseinsvorsorge einsetzen möchte, ist nicht neu.<sup>44</sup> Gleichzeitig monieren kommunalpolitisch aktive Mitglieder der Partei – insbesondere in ländlichen Räumen abseits der Großstädte – neben einer schrumpfenden Wählerklientel und der Existenz von Protest- und Wahlalternativen in Form der AfD und lokalen Wählergemeinschaften auch eine schwindende Wählerbindung.<sup>45</sup> Für letztgenannte ist das Vorhandensein einer breiten Parteibasis, die schlussendlich inner- und außerhalb von Wahlkämpfen lokal Gespräche mit Bürgern führt, die Parteiorganisation auf kleinster Ebene stemmt und schlussendlich selbst in die regionale Zivilgesellschaft, etwa in Form von Vereinsmitgliedschaften, integriert ist, eine triviale, jedoch überaus wichtige Grundvoraussetzung. Darüber hinaus dient die kommunale Ebene als Rekrutierungspool für Neumitglieder und »Trainingslager«<sup>46</sup> für die künftigen Mandatsträger in Länderparlamenten und Bundestag.

Von der »Parteienkrise vor Ort«<sup>47</sup>, mit der Vetter/Kuhn 2013 nicht zuletzt die schwindende Verankerung von Parteien auf lokaler Ebene beschreiben<sup>48</sup>, ist gewiss nicht nur DIE LINKE betroffen, jedoch blickt gerade sie auf eine überaus ungewisse Zukunft in der Fläche. Dass DIE LINKE überwiegend im städtischen Raum Nachwuchs rekrutieren kann, zeigt die in Abschnitt 5.1 deutlich sichtbare Urbanisierung der Neumitglieder-

44 Vgl. Jahn 2009, S. 71.

45 Vgl. Nicke 2021, S. 15.

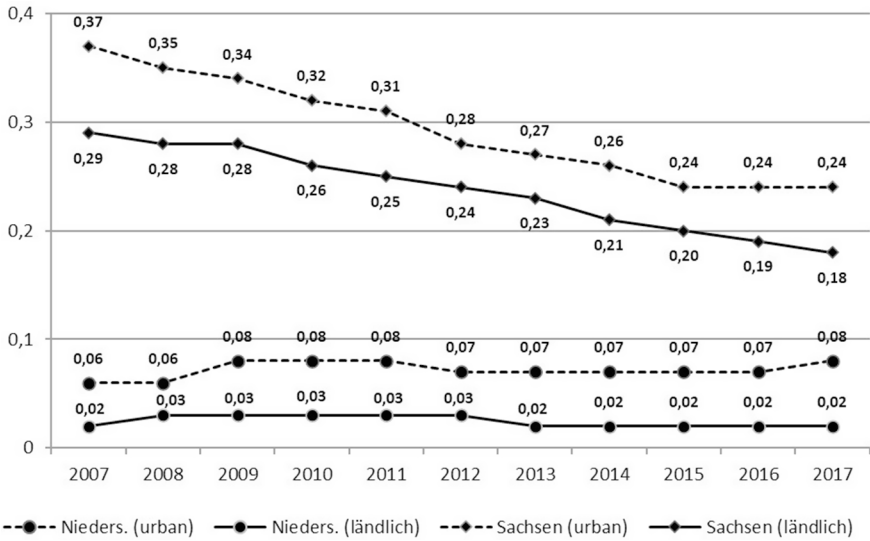
46 Träger/Pollex 2020, S. 14.

47 Vetter/Kuhn 2013, S. 27.

48 Vgl. ebenda, S. 28.

struktur, wonach Parteieintritte zwischen 2014 und 2019 vor allem in Ballungsregionen des Typs III und IV stattfanden. Beide Kreistypen sind bei Neumitgliedern im Vergleich zur Gesamtpartei und nochmals deutlicher in Relation zur Bevölkerung überrepräsentiert.<sup>49</sup> Zu weiteren Ergebnissen bei der Untersuchung von Parteimitgliederstrukturen in Stadt und Land gelangen darüber hinaus Träger/Pollex 2020 (Abb. 92).

Abbildung 92: Relative Anteile von LINKEN-Mitgliedern an der Bevölkerung in den urbanen und ländlichen Regionen Niedersachsens und Sachsens in Prozent



Eigene Darstellung nach Träger/Pollex 2020, S. 24–30

So legt der exemplarische Vergleich zwischen Bevölkerungsanteilen der LINKEN-Mitglieder<sup>50</sup> in Sachsen und Niedersachsen zunächst zwei wesentliche Befunde offen: Einerseits erreicht die LINKE im dargestellten Untersuchungszeitraum – die Ergebnisse aus Abschnitt 5.1 bestätigend – im urbanen Raum, relativ zu den ländlichen Regionen des jeweiligen Falls, einen sichtbar größeren Rekrutierungserfolg. Andererseits bilden die Daten den allmählichen Rückzug der Partei aus Sachsen, dem mitgliederstärksten ostdeutschen Landesverband, bei gleichzeitiger Stagnation auf niedrigem Niveau in Niedersachsen ab. Dabei bleibt der Bevölkerungsanteil von LINKEN-Mitgliedern in den urbanen Regionen Sachsens ab 2015 gleich, während ländliche Regionen einem stetigen Abwärtstrend unterliegen. Insofern beide Länder als beispielhaft für ost- bzw. westdeutsche Landesverbände angesehen werden und indem angenommen wird, dass sich der

49 Für einen detaillierten Überblick vgl. Abschnitt 5.1.

50 Dabei handelt es sich um den Anteil der LINKEN-Parteimitglieder an allen Einwohnern der jeweiligen Regionen. Die Werte bilden demnach nicht die Rekrutierungsquote ab, welche lediglich die beitragsberechtigten Bevölkerung berücksichtigt.

Trend auch über 2017 hinaus fortgesetzt hat, legen die Daten zweierlei Schlussfolgerungen nah:

- DIE LINKE verliert auch in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke weiter an Boden. In den 2020er Jahren wird zudem ein Großteil des verbliebenen Altmitgliederbestands aus der Gründungszeit der PDS altersbedingt in die Inaktivität ausscheiden oder versterben. DIE LINKE war bisher nicht in der Lage, diese Verluste durch Neumitglieder zu kompensieren, wie der Abwärtstrend in Abbildung 92 nahelegt. Gleichzeitig bleibt die fehlende Verankerung in den ländlichen Räumen Westdeutschlands, in denen es der Partei bisher nie gelang, flächendeckend Fuß zu fassen und eine starke Mitgliederbasis aufzubauen, bestehen.
- Die Neumitgliederrekrutierung beschränkt sich in beiden Landesteilen vorrangig auf den städtischen bzw. großstädtischen Raum, wodurch DIE LINKE in Bezug auf ihre Mitglieder endgültig den Wandel von der flächendeckend verankerten Regionalpartei Ost, dem Erbe der PDS, hin zu einer auf Ballungszentren konzentrierten urbanen Partei vollzieht.

Ausgehend von der räumlichen Verteilung der Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2021, bei der DIE LINKE insgesamt 4,9 Prozent der Stimmen erreichte, wird deutlich, dass die Partei besonders dort Wähler gewinnen kann, wo sie auch in Bezug auf ihre Mitgliederbasis am stärksten verankert ist: So erlangte sie in den urbanen Regionen Ostdeutschlands mit 11,8 Prozent der Stimmen ihr höchstes Ergebnis, während sie in den ländlichen Gebieten Westdeutschlands mit lediglich 2,8 Prozent nahezu bedeutungslos blieb. Abseits des Ost-West-Vergleichs erreichte die Partei in städtischen Räumen insgesamt 5,7 Prozent Stimmenanteil, wohingegen sie in sehr ländlich geprägten Landesteilen nur mit einem Ergebnis von 3,8 Prozent abschneiden konnte.<sup>51</sup> Indem dieser Befund die Wechselwirkungen von elektoralen Erfolgen und der lokalen bzw. regionalen Verankerung der Partei nahelegt, unterstreicht er deutlich ein zentrales Herausforderungsfeld der LINKEN.

## 8.2 Die Partei unmittelbar nach Sahra Wagenknecht

Die Mitgliederbefragung 2019 soll Soziodemografie, Beitrittsmotivationen und politische Einstellungen der LINKEN-Mitglieder primär in einer Momentaufnahme retrospektiv erfassen und einordnen, kann jedoch allein kein Konzept für die zukünftige Mitgliedererwerbungsleistung aus den gewonnenen Erkenntnissen ableiten und ausformulieren. Für letztgenannte sind wohl neben der Untersuchung bestehender Parteistrukturen (z.B. Mitgliederverantwortliche, Arbeitsgruppen zu Neumitgliedererwerbungsleistung) und vorliegender Rekrutierungskonzepte ebenfalls die Analyse von Parteiaustritten sowie weitere, qualitative Forschungsansätze – etwa Interviews mit hauptamtlichen Mitarbeitern und Basismitgliedern – naheliegende Notwendigkeiten.<sup>52</sup>

51 Vgl. Klärner/Osigus 2021, S. 17.

52 Vgl. hierzu Jakobs 2023; Jakobs/Schwab 2023.

Angesichts 2019 nahezu unvorhersehbarer gesellschaftlicher und – hinsichtlich ihrer Intensität – nur wenig vorhersehbarer innerparteilicher Krisen scheint es zudem wenig sinnvoll, tiefgreifende Konzepte zur Neumitgliedergewinnung anhand der hier behandelten Datenlage zu schlussfolgern. Vier Jahre nach dem Erhebungszeitraum und ausgehend von den in Abschnitt 8.1 beschriebenen Rahmenbedingungen war die LINKE zu Beginn der 2020er Jahre eine von Zäsuren getriebene Partei im Veränderungsdruck. Spätestens nach dem endgültigen Bruch zwischen der LINKEN und den Anhängern um Sahra Wagenknecht endete zwar eine langanhaltende Phase innerparteilicher Lähmung, gleichzeitig erreichte der ohnehin bereits kritische Zustand einer Partei in existenzieller Not durch den Verlust des Fraktionsstatus auf Bundesebene einen neuen Superlativ. Ob die mediale Bezeichnung Sahra Wagenknechts als »Totengräberin«<sup>53</sup> der LINKEN schlussendlich den Tatsachen gerecht werden würde, blieb bis zur Bundestagswahl 2025 abzuwarten.

DIE LINKE war sich ihrer existenziellen Bedrohung durch im vorangegangenen Abschnitt geschilderte Ausgangslage nicht erst seit dem Abgang Sahra Wagenknechts bewusst, wie der Parteivorstandsbeschluss mit dem Titel »Unser Plan 2025: Comeback einer starken LINKEN« vom 10. Juni 2023 belegt, in dem der Vorstand selbst den Begriff der Krise verwendete:

»Die LINKE wird dringend gebraucht. Damit sie aus der Krise kommt, braucht es eine Analyse der Herausforderungen, einen klaren Plan, konkrete Ziele und entsprechende Etappenziele.«<sup>54</sup>

Das »Comeback« der LINKEN sollte kurz- und mittelfristig auf den Erfolg bei der kommenden Bundestagswahl 2025 zielen und definierte im knappen Wortlaut des Beschlusstextes neben dem Wunsch nach inhaltlicher Profilierung und der Klärung innerparteilicher Konflikte auch die Neumitgliedergewinnung als wesentliches Ziel der Partei:

»Die Partei muss dringend neue Mitglieder gewinnen, die im Bundestagswahlkampf für den Einzug der LINKEN kämpfen. Nicht als Selbstzweck, sondern als logische Bedingung, um den Bundestagswahlkampf auf vielen Schultern zu verteilen. Dazu braucht es Beteiligungsorte auf bundes- wie auf lokaler Ebene sowie eine systematisch angelegte Mitgliedergewinnung. Unser Ziel muss sein, bis 2025 mindestens 10.000 neue Mitglieder für DIE LINKE zu gewinnen.«<sup>55</sup>

Das erklärte Vorhaben von 10.000 Neumitgliedern innerhalb von zwei Jahren reihte sich in die bereits einige Zeit zuvor von den Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan bekräftigten Ambitionen ein, bis 2030 ganze 100.000 Parteimitglieder innerhalb der LINKEN zu vereinen.<sup>56</sup> Beide Hürden zeichneten zu diesem Zeitpunkt jedoch angesichts des stärksten Mitgliederverlustes seit dem Zusammenbruch der SED

53 Merholz/Müller 2023.

54 DIE LINKE 2023e.

55 DIE LINKE 2023e.

56 Vgl. Schirdewan/Wissler 2022.

und der niedrigsten Anhängerzahl der Parteigeschichte mehr Wunschdenken als realistische Zielsetzung ab.

Interessant blieb jedoch der Rekrutierungsfokus innerhalb der Social-Media-Strategie der Partei vor dem Hintergrund des Wagenknecht-Austritts Ende Oktober 2023: Unmittelbar nachdem die einstige Galionsfigur der LINKEN ihren Abgang öffentlich bekannt gegeben hatte, veröffentlichte die Partei einen Beitrag mit dem Titel »Heute ist ein guter Tag um in DIE LINKE einzutreten! [sic!]*«* (Abb. 93) in den sozialen Medien. Trotz einiger spöttischer

Abbildung 93: »Heute ist ein guter Tag um in DIE LINKE einzutreten! [sic!]*«*



Beitrag der LINKEN in den sozialen Medien vom 23. Oktober 2023.

Bemerkungen in den Kommentarspalten<sup>57</sup> und der prekären Lage der Partei sollte sich der Slogan ausgehend von der Berichterstattung zu zahlreichen gemeldeten Neueintritten durchaus bewahrheiten. Sowohl Bundespartei als auch Landesverbände meldeten nach dem Abgang Sahra Wagenknechts mehr Eintritte als Austritte: Insgesamt hätten binnen einer Woche 422 Menschen ihren Eintritt erklärt. Demgegenüber seien lediglich 224 Mitglieder ausgetreten.<sup>58</sup> Zwar waren diese Zahlen nach den massenhaften Austritten im Zuge der Russlandrede von 2022 vergleichsweise gering und beschrieben lediglich die Momentaufnahme eines Effekts, dessen Langzeitwirkung auch aufgrund der anzunehmend hohen Mitgliederfluktuation (viele Eintritte und viele Austritte) fraglich blieb. Dennoch handelte es sich aller negativen Wahlprognosen und Niedergangsdiskussionen zum Trotz um einen offenkundig positiven Beitrittsimpuls. Im Hinblick

57 Vgl. beispielhaft DIE LINKE auf Facebook 2023a.

58 Vgl. SPIEGEL Online 2023; ZEIT Online 2023.

auf die Neumitgliederrekrutierung schien die Abspaltung daher durchaus Profilierungschancen für DIE LINKE zu eröffnen.

Ebenfalls positive Effekte könnten sich langfristig einerseits durch die seit Oktober 2023 angekündigten Verschärfungen in der Migrationspolitik seitens der SPD-geführten Ampelregierung auf Bundesebene<sup>59</sup> einstellen: Sollten sich SPD und Grüne auch nach dem Scheitern der Ampel langfristig für einen restriktiveren Kurs in Asylfragen aussprechen, kann auf diesem Weg eine Repräsentationslücke im soziokulturell liberaleren Spektrum entstehen, die durch DIE LINKE mit einer Politik der offenen Grenzen (vgl. Abschnitt 7.8) – besonders in Abgrenzung zu SPD und Grünen – gefüllt werden könnte. Andererseits stand auch der klimapolitische Kurs der Bundesregierung, den das Expertengremium Climate Action Tracker (CAT) 2023 als »ungenügend« bewertete, in der Kritik.<sup>60</sup> Im Zusammenhang mit dem Abgang des eher migrationskritischen Wagenknecht-Lagers und etwa der Nominierung der prominenten Asyl- und Klimaaktivistin Carola Rackete<sup>61</sup> als (parteilose) LINKEN-Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024 ist die nachhaltige Erschließung neuer Wähler- und Mitgliederpotenziale durchaus denkbar. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung 2019 belegen, dass DIE LINKE bereits in den 2010er Jahren Ansätze für eine neue Zielgruppe mit migrations- und klimapolitischer Affinität finden konnte (vgl. Abschnitt 6.2 und 6.3). Dass durch diese Perspektiven jedoch Wahlerfolge auf der einen und dauerhaft hohe Eintrittswellen auf der anderen Seite generiert werden können, kann derzeit noch nicht abschließend abgeschätzt werden. DIE LINKE selbst berichtete über mehr als eintausend Neueintritte im Zuge des Augsburger Parteitags vom November 2023, des ersten Bundesparteitags nach dem Austritt des Wagenknecht-Lagers:

»Seit unserem Parteitag vor vier Tagen sind über 1000 neue Mitglieder zur Linken gekommen! Damit ist klar: Der Erneuerungsprozess der Linken ist in vollem Gange.«<sup>62</sup>

Unklar blieb auch hier, ob es der Partei gelingt, Neumitglieder langfristig für die alltägliche Parteiarbeit, Ämter und Mandate zu begeistern bzw. zu halten. Eine solche hohe Zahl von Neueintritten als Nebenresultat einer einzelnen Parteiveranstaltung sprach jedoch durchaus zahlenmäßig für den möglichen Auftakt einer – zumindest aus Mitgliedersicht – aussichtsreichen Sanierung der Partei nach Sahra Wagenknecht. Bis zum Dezember 2023 meldete DIE LINKE dann schlussendlich 2000 Neueintritte seit deren Austritt.<sup>63</sup>

59 Vgl. Rödle 2023.

60 Vgl. Climate Action Tracker 2023; Kirlidokme 2023.

61 Vgl. DIE LINKE 2023f. Rackete erlangte vor allem durch ihr Engagement als Kapitänin in der Seenotrettung im Rahmen der Fluchtbewegung über das zentrale Mittelmeer internationale Bekanntheit.

62 DIE LINKE auf Facebook 2023b.

63 DIE LINKE auf Facebook 2023c.

### 8.3 Zusammenfassung

Das Bild der LINKEN-Mitgliedschaft zum Ende der 2010er Jahre, deren Spezifika nicht zuletzt in den vier Zwischenfazits im Laufe der vorliegenden Arbeit bereits zusammenfassend erläutert wurden, ergibt in seiner Gesamtschau ein komplexes Gefüge aus unzähligen Befunden, welches eigenständig und im Vergleich zu Bevölkerungsdaten, Erkenntnissen über andere Parteien und Längsschnittanalysen die Besonderheiten der LINKEN herausstellt. Durch die Ergebnisse aller drei Untersuchungskomplexe kann einerseits die Forschungsfrage »Wer sind die Mitglieder der LINKEN?« umfassend beantwortet werden, andererseits lassen die Daten grundlegende Rückschlüsse auf aktuelle Perspektiven und Herausforderungen der Partei zu.

a) Soziodemografisches Profil (Abschnitt 5.1 und Zwischenfazit I) Die Soziodemografie der LINKEN-Mitglieder ist durch mehrere Besonderheiten geprägt. Neben einem vergleichsweise hohen Frauenanteil sind schwach ausgeprägte mittlere Alterskohorten zugunsten sehr hoher Anteile der jüngsten und ältesten Altersgruppen Anomalien im Vergleich zu anderen Parteien. LINKEN-Mitglieder sind in Relation zur Bevölkerung und im Einklang mit dem ressourcentheoretischen Ansatz markant höher gebildet. Sie rekrutieren sich – besonders mit Blick auf die Neumitglieder zwischen 2014 und 2019 – überwiegend aus dem urbanen, großstädtischen Raum. Der Cleavagetheorie folgend sind Religionsgemeinschaften innerhalb der LINKEN im Bevölkerungsvergleich unterrepräsentiert, während Gewerkschaftsmitglieder anteilig stärker vertreten sind. Sowohl in Relation zu anderen Parteien als auch zur Bevölkerung fällt darüber hinaus ein höherer Anteil von Personen auf, die sich der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht zuordnen, womit nicht zuletzt ein Schulterschluss mit dem programmatischen Selbstverständnis, d.h. dem sozialpolitischen Schwerpunkt der Partei impliziert wird. Gegen den eigenen Anspruch der Partei, der DIE LINKE auch mit der traditionellen Arbeiterbewegung identifiziert, spricht der niedrige Anteil von Beschäftigten im Sinne einer ursprünglichen Arbeiterklasse des primären und sekundären Wirtschaftssektors. Dies wird auch durch die detaillierte Betrachtung der Gewerkschaftszugehörigkeiten unterstrichen, bei denen Gewerkschaften des Dienstleistungssektors sowie der Bildung und Erziehung gegenüber Industriegewerkschaften innerhalb der LINKEN deutlich stärker repräsentiert werden. Schlussendlich spricht das inzwischen angegliche, zahlenmäßige Verhältnis zwischen Parteimitgliedern in den neuen und alten Bundesländern für eine Partei, die gemessen an ihrer Mitgliederstruktur offenkundig westdeutscher wird.

Daraus entstehen für DIE LINKE Schwerpunkte für Herausforderungen und Perspektiven:

#### **Herausforderung A.1: Verlust der Ost-Identität**

Vor dem Hintergrund des altersbedingten Mitgliederschwundes, besonders im ostdeutschen ländlichen Raum, wurde das zahlenmäßige Ungleichgewicht zwischen ost- und westdeutschen Parteimitgliedern durch ein Kräftegleichgewicht ersetzt. Die Mitgliedschaft wird darüber hinaus zunehmend urbaner und westdeutscher, wodurch

der Anspruch der Partei als Regional- und Interessenpartei Ostdeutschlands spätestens mit dem Verschwinden der letzten Mitglieder mit DDR-Vergangenheit durch die Soziodemografie der Mitgliedschaft nicht mehr abgebildet wird. DIE LINKE verliert damit ein grundsätzliches Narrativ innerhalb ihrer Identität und ihres Selbstanspruchs.

### **Herausforderung A.2: Urbanisierung**

Durch die fortwährende Urbanisierung der Mitgliedschaft, die sich besonders in der Konzentration der Neumitglieder in Ballungszentren bzw. großstädtischen Räumen äußert, wird DIE LINKE zukünftig noch weniger als in den ausgehenden 2010er Jahren eine Partei der Fläche oder gar des ländlichen Raums sein. Fehlende lokale Parteistrukturen und Kandidaten zur Besetzung von Ämtern und Mandaten sind Ursache und Wirkung einer schwach ausgeprägten gesellschaftlichen Verwurzelung der Partei. Will die Partei weiter gemäß ihrer eingeschränkten Möglichkeiten in der Fläche wirken, fällt personell stärkeren Organisationseinheiten – etwa Stadtverbänden in urbanen Oberzentren – eine höhere Arbeitslast zu, wenn diese verstärkt Aufgaben für schwächere Kreisverbände übernehmen bzw. koordinieren müssen.

### **Herausforderung A.3: Repräsentationsdefizit**

Die Mitgliedschaft der LINKEN ist überwiegend akademisch geprägt, Rentner sowie junge Menschen bilden die stärksten Altersgruppen und Vollzeit-Erwerbstätige sind im Bevölkerungsvergleich – nicht zuletzt durch den Altersaspekt – unterrepräsentiert. Ein Vertretungsanspruch für niedriger gebildete, den mittleren Alterskohorten zugehörige Arbeiter und Angestellte ist daher aus der soziodemografischen Zusammensetzung der Mitgliederstruktur nur eingeschränkt ableitbar.

### **Perspektive a.1: Urbane Hochburgen**

DIE LINKE blickt ausgehend von den Herausforderungen A.1 und A.2 in eine unsichere Zukunft hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur in Organisationseinheiten abseits der Ballungszentren und Metropolregionen. Gleichzeitig kann die Konzentration der Mitglieder im urbanen Raum als Chance interpretiert werden, denn eine verstärkte Mitgliederrekrutierung aus großstädtischen Milieus und die Herausbildung von starken, gesellschaftlich verwurzelten Stadtverbänden als etablierte Hochburgen gewähren im Optimalfall nicht nur elektorale Sicherheiten: Zwar kann die organisatorische bzw. strukturelle Anbindung schwächerer Kreisverbände an stärkere Stadtverbände das Problem der fehlenden gesellschaftlichen Verwurzelung in der Fläche kaum lösen, dennoch wirken urbane »Leuchttürme« als Organisationszentren der Partei koordinierend in die umliegenden Kreisverbände und können diese – etwa in Wahlkämpfen – durch eigene Ressourcen stützen. Insofern bildet das urbane Potenzial der LINKEN aus Mitgliedersicht ein Rückgrat, das die Schwäche auf dem Land – zumindest teilweise – mildern und kompensieren kann.

## Perspektive a.2: Neue Zielgruppen

Neben dem großstädtischen Raum als prägenden Faktor für die Mitgliederstruktur in der LINKEN heben sich ihre Anhänger durch weitere soziodemografische Merkmale von anderen Parteien und der Bevölkerung ab, die durchaus einen Ausblick auf künftige Neumitglieder und die soziodemografische Beschaffenheit des verfügbaren Rekrutierungspools geben können. Demnach spricht die Partei ein akademisch-gebildetes und – im Vergleich zur überwiegenden Mehrheit der restlichen Parteienlandschaft – tendenziell weibliches Publikum an. Ebenso zeichnet sich die Mitgliedschaft der LINKEN – im Parteienvergleich mit den Daten der drei vorangegangenen Mitgliederstudien – nahezu exklusiv durch die eher starke Repräsentation der beiden unteren sozialen Schichten aus. Letztlich runden auch Netzwerk-Chancen durch die Verankerung der Mitgliedschaft im gewerkschaftlichen Milieu, besonders im Dienstleistungssektor, eine mögliche Zielgruppe der Neumitgliedergewinnung ab. Die Gesamtheit der genannten Faktoren, bei denen innerhalb der LINKEN ein gewisses Maß an Überrepräsentanz erkennbar ist, spricht letztlich für ein – wenn auch eher grobes – Potpourri von soziodemografischen Merkmalsausprägungen, die eine Mitgliedschaft in der Partei eher begünstigen.

b) Aktivitätsprofil (Abschnitte 5.3 und 6.1 und Zwischenfazit II) Ausgehend von den Erkenntnissen früherer Parteimitgliederstudien kann zunächst eine Angleichung des Aktivitätsprofils der LINKEN an die deutsche Parteienlandschaft beobachtet werden: Ein steigender Anteil des inaktiven Partizipationstyps impliziert zunächst eine weitere Annäherung der LINKEN an die Verhältnisse in anderen Parteien. Weiterhin manifestiert der fortschreitende Rückgang des zweiten Typs – bei Klein 2006 ursprünglich noch als Versammlungsbesucher bezeichnet – die finale Abkehr der LINKEN von der PDS-Tradition formaler Gremienbesuche als primäre Teilhabeform, die bereits nach der Vereinigung mit der westdeutschen WASG deutlich an Relevanz verloren hatte.

Als Sonderfall bricht DIE LINKE mit der Erkenntnis vorangegangener Mitgliederstudien, dass das Aktivitätsniveau mit zunehmendem Alter abnimmt und definiert damit ein Schlüsselmerkmal des Aktivitätsprofils der Partei. Die Betrachtung der LINKEN-Mitglieder zeichnet ein genau umgekehrtes Bild, wonach sich die ältesten Parteimitglieder durch die höchste Aktivität – zumindest der Selbsteinschätzung folgend – auszeichnen. Dieser Umstand scheint vor allem durch zahlenmäßig schwach ausgeprägte mittlere Alterskohorten und folglich mangels einer Nachfolge-Generation, die die Aufgabenlast übernehmen könnte, plausibel. Darüber hinaus kann die durchaus schlüssige These eines vergleichsweise höheren Aktivitätsniveaus bei Neumitgliedern mit Blick auf DIE LINKE nicht bestätigt werden: Lediglich etwa 40 Prozent der Neueintritte – und damit rund 8 Prozentpunkte weniger als die Gesamtpartei – ordnen sich der Gruppe der Aktiven zu. Anders als zwischen den Jahren 1998 und 2009 nahm der Anteil aktiver Mitglieder in der jüngsten Altersgruppe zudem in den folgenden zehn Jahren nicht zu, sondern stagnierte auf dem Niveau der ausgehenden 2000er Jahre. Den Annahmen folgend, dass bereits die Teilnahme an der Befragung ein gewisses Aktivitätsniveau voraussetzt und Mitglieder zu einer eher positiven Beurteilung ihrer eigenen Person neigen, könn-

te es sich zudem beim erhobenen Aktiven-Anteil, unabhängig von soziodemografischen Merkmalen, um eine tendenziell zu hohe Einschätzung handeln. Trotz des eher geringen Aktivitätsniveaus der Neumitglieder zeugt die Tatsache, dass dennoch etwa jeder vierte Zugang nach 2013 bereits ein Amt oder Mandat bekleidet hat, von einer raschen Eingliederungsambition neuer Parteimitglieder. Dass es sich hierbei schlussendlich auch um ein Symptom der fehlenden Nachfolge-Generation angesichts einer schwächer werdenden Gruppe aktiver Senioren handelt, scheint schlüssig.

Mit Bezug auf verschiedene Teilhabeformen liegt weiterhin ein offenkundiger Befund in der hohen Teilnahmebereitschaft der Mitglieder an zeitlich eingegrenzten Tätigkeiten, wie der Mitwirkung an Demonstrationen bzw. politischen Kampagnen oder der Mithilfe bei Wahlkampfaktivitäten, vor. Beide Partizipationsmöglichkeiten werden auch häufiger von Mitgliedern wahrgenommen, die sich ansonsten kaum an der Parteiarbeit beteiligen.

Die Untersuchung motivationaler Einflussfaktoren auf die Aktivität der Mitglieder zeigt weiterhin, dass die Mitglieder besonders dann zu höherer Aktivität neigen, wenn sie persönliche Erfüllung in der Parteiarbeit selbst sehen (selektiv-prozessbezogener Motivationsschwerpunkt), sich Vorteile aus der Mitgliedschaft erhoffen (selektiv-ergebnisbezogener Motivationsschwerpunkt) oder mit ihrer Aktivität die allgemeinen Ziele der Partei verwirklichen wollen (kollektiv-politischer Motivationsschwerpunkt). Der aktivitätsfördernde Effekt selektiv-prozessbezogener Motivationen ist dabei für die Neumitglieder im Vergleich zur Gesamtpartei ausgeprägter, wodurch ein stärkerer Einfluss der Freude an der Parteiarbeit sowie des Zusammentreffens mit Gleichgesinnten auf die Aktivität in dieser Analysegruppe attestiert wird.

Eine letzte grundlegende Erkenntnis legt der Einfluss der Gruppengröße auf die individuelle Aktivität nah: Parteimitglieder in mitgliederstarken urbanen Räumen sind tendenziell etwas weniger aktiv als jene in eher schwach aufgestellten ländlichen Kreisverbänden, innerhalb derer die Parteiarbeit nicht auf breite Schultern verteilt werden kann und in denen daher die Abhängigkeit von der Aktivität einzelner Akteure von größerer Relevanz ist. Auch aus dem Aktivitätsprofil der Mitglieder können Herausforderungen und Chancen für DIE LINKE abgeleitet werden:

### **Herausforderung B.1: Inaktive Neumitglieder**

Lediglich etwa zwei von fünf Neuzugängen zwischen 2014 und 2019 bezeichnen sich selbst als aktives Parteimitglied. Der LINKEN gelang es folglich im fokussierten Zeitraum nicht, eine Mehrheit ihrer Neumitglieder zu aktivieren bzw. in die Parteiarbeit einzubinden oder für aktive Teilnahme zu begeistern. Vor dem Hintergrund einer schmalen, mittleren Generation von Parteimitgliedern und dem allmählichen Wegfall von Mitgliedern im Rentenalter, der bisher aktivsten Gruppe, sollte die Aktivierung der Neuzugänge jedoch ein Kernanliegen der LINKEN sein. Dieses ungenutzte – und mitunter sicher teilweise bereits verlorene – Potenzial belegt, dass die absolute Zahl der Neueintritte allein kein Indikator für den Erfolg eines möglichen Rekrutierungskonzepts sein kann.

## Herausforderung B.2: Fehlende Nachfolge-Generation

DIE LINKE zeichnet sich soziodemografisch durch zahlenmäßig schwach ausgeprägte mittlere Alterskohorten aus. Die Konsequenzen durch die Abwesenheit einer breiten Nachfolge-Generation, welche die Parteiarbeit von den ältesten Mitgliedern übernehmen könnte, werden darüber hinaus zusätzlich durch die in Herausforderung B.1 beschriebene Inaktivität der Neumitglieder sowie deren starke lokale Konzentration auf urbane Räume verstärkt. In der Folge bildet altersspezifisch eine quantitativ schwächer werdende Gruppe von Senioren einerseits das aktivste Rückgrat für die alltägliche Parteiarbeit. Andererseits kann in der Aktivität im hohen Alter gewiss ein Symptom mangelnder Nachfolge-Potenziale erkannt werden.

### Perspektive b.1: Schnelle Eingliederung

Vor dem Hintergrund einer schwachen mittleren Parteigeneration als unmittelbare Nachfolger für die ältesten Parteimitglieder und der mehrheitlichen Inaktivität der Neumitglieder können sich lokal rasche Aufstiegs- und Partizipationschancen für einzelne Neueintritte ergeben. Hierfür spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass etwa ein Viertel der Zugänge zwischen 2014 und 2019 in den ersten Jahren ihrer Mitgliedschaft bereits in Ämter und Mandate gewählt wurde. Es ist demnach vorstellbar, dass ein niedrigerer innerparteilicher Konkurrenzdruck mangels älterer »Platzhirsche« die Herausbildung einer neuen, sehr jungen Generation parteiinterner und ämterorientierter Aktiver (Partizipationstypen III und IV) befördern bzw. beschleunigen kann.

### Perspektive b.2: Kampagnenmobilisierung und »U-Boot-Mitgliedschaften«

In Anlehnung an den Begriff des »U-Boot-Christen«, mit dem erstmals der katholische Prediger Johannes Leppich in den 1950er Jahren Kirchenangehörige bezeichnete, die nur an Weihnachten oder Ostern an Gottesdiensten teilnehmen (»auftauchen«) und ansonsten der Gemeinde fernbleiben<sup>64</sup>, trifft die Bezeichnung der »U-Boot-Mitgliedschaft« recht präzise auf Parteimitglieder zu, deren Aktivität sich lediglich auf zeitlich begrenzte Kampagnen und Wahlkämpfe beschränkt. Die Bereitschaft zur Teilnahme an beiden Partizipationsformen ist über die breite Parteibasis – d.h. eben auch bei einem Teil der Mitglieder der Partizipationstypen I und II, deren Engagement sonst eher schmal ausgebildet ist – erkennbar. Darüber hinaus spricht eine Zunahme des Aktivierungseffekts selektiv-prozessbezogener Motive bei Neumitgliedern für die steigende Bedeutung von Anreizen, die sich aus der sozialen Interaktion mit anderen Mitgliedern ergründen und sich so positiv auf das eigene Aktivitätsniveau auswirken. Beide Erkenntnisse legen einen erstrebenswerten Fokus der Partei auf temporär beschränkte Kampagnen und Ereignisse, die nicht zuletzt Mitgliedern mit eher geringer Aktivität einen Anreiz zum »Auf-tauchen« bieten, nahe.

c) Beitritts- und Interessenprofil (Abschnitt 6 und Zwischenfazit III) Das Beitrittsprofil, im ersten Schritt definiert durch die Erhebung der sieben Motivkomplexe des General Incentives Model, zeigt zunächst kaum Besonderheiten der LINKEN im Vergleich zu den in der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 erhobenen Daten für die gesamte Parteienlandschaft: Ungeachtet marginaler Abweichungen zwischen einzelnen Parteien bestimmen demnach kollektiv-politische sowie altruistische Anreize die wichtigsten Motive für die Beitrittsentscheidung. Expressive, ideologische und selektiv-prozessbezogene Anreize zeichnen sich zumindest teilweise durch eine gewisse Relevanz aus, während normative und selektiv-ergebnisbezogene Motive lediglich eine untergeordnete Rolle spielen. Der Beitritt aus Protest gegenüber anderen Parteien, ein zusätzliches Item in der Mitgliederbefragung 2019 zur Ergänzung des Modells, ist in der Rangfolge der Motive zwar in der unteren Hälfte zu verorten, war jedoch für mehr als ein Drittel der Befragten in beiden Analysegruppen »eher wichtig« oder gar »sehr wichtig« für ihre Eintrittsentscheidung.

In der Gesamtschau verleihen darüber hinaus lediglich wenige, schwache Effekte soziodemografischer Variablen auf Beitrittsmotive den Befunden aus der Analyse des General Incentives Model einen konstanten, universell für die Mitglieder der LINKEN gültigen Charakter.

Die Untersuchung der Beitrittsimpulse, der zweite Schritt zur Vervollständigung des Beitrittsprofils, markiert mit der hohen Rekrutierungswirkung negativer Impulse – wie etwa gesellschaftliche Krisenereignisse, persönliche Unzufriedenheit und Unmut gegenüber der Politik regierender Parteien – zuerst die naheliegende Charakteristik einer Oppositionspartei. Die Beschreibung sozialistischer Ideale sowie eine weitgehend ablehnende Haltung der Mitglieder gegenüber kapitalistischen Gesellschaften konkretisieren nachfolgend im Schulterschluss mit der grundsätzlichen politischen Ausrichtung der LINKEN das Profil einer sozialistischen, linken Partei. DIE LINKE fungiert zudem als Sammelbecken für unzufriedene Mitglieder anderer Parteien des linken Spektrums und profitiert – zumindest mit Blick auf den Untersuchungszeitraum – von deren innerparteilichen Kontroversen und Schwächephasen.

Als wichtiger Schlüsselimpuls für die Neueintritte zwischen 2014 und 2019 kann die Flüchtlingskrise infolge des Syrienkriegs ab 2015 identifiziert werden. Beitrittsimpulse wurden dabei nicht nur durch einen verstärkten Fokus auf Belange und Rahmenbedingungen der Migration als Politikfeld generiert, sondern auch und vor allem durch die Erfolge rechter Parteien und Bewegungen, welche schlussendlich den Eintritt in DIE LINKE zur Stärkung eines politischen Gegenpols forcierten.

Befunde, die sich schließlich aus der Betrachtung der Interessen ergeben, manifestieren zunächst durch den starken Fokus auf sozialpolitische und außenpolitische (Friedenspolitik) Fragen traditionelle Schwerpunkte der Parteiprogrammatik im Interessenprofil der Mitglieder. Besonders die Befragungsergebnisse der Neumitglieder implizieren jedoch eine steigende Bedeutung weiterer Kernthemen im Bereich der Klima- und Umweltpolitik, Gleichstellungspolitik und Migrationspolitik. Sie sprechen folglich ausgehend von den Mitgliederinteressen für eine Heterogenisierung bzw. Ausdehnung des inhaltlichen Profils der Partei.

Weiterhin schwindet das Interesse der Mitglieder in Bezug auf Politikebene mit zunehmender Regionalisierung zugunsten eines Schwerpunkts auf Bundes-, Europa-, und Weltpolitik, wodurch zumindest im vergleichsweise schwach ausgeprägten Interesse an Kommunalpolitik ein Bruch mit den Befunden der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 erfolgt. Diese Erkenntnis – in Kombination mit Beitrittsimpulsen, die oft internationale Tragweite besitzen (z. B. Kriege, wirtschaftliche Globalisierung) – legt eine eher kosmopolitische Orientierung der LINKEN-Mitgliederstruktur nahe.

Mit Blick auf Herausforderungen und Perspektiven ergeben sich auch aus dem zweiten Befragungskomplex Schwerpunkte für DIE LINKE:

### **Herausforderung C.1: Spaltung und Heterogenität als Risiko**

Durch eine zunehmende Erweiterung der beiden traditionellen Säulen in der Parteiprogrammatik, Sozialpolitik und Außen- bzw. Friedenspolitik, durch weitere Interessenschwerpunkte der Mitglieder – besonders in der Klimapolitik, jedoch auch in Migrations- und Gleichstellungsfragen – besteht die Gefahr von langfristig noch komplexeren Verflechtungen in der innerparteilichen Debattenkultur. Diskurse über klima- oder migrationspolitische Themen dürften neue Gräben definieren, die die Partei nicht zuletzt angesichts ungelöster, älterer Konfliktlinien – wie die Frage der Regierungsbeteiligung – empfindlich lähmen könnten. In der Kombination mit einer Vielzahl unterschiedlicher Biografien und persönlicher Ideale, die in der Betrachtung der Beitrittsimpulse nicht nur zwischen Ost und West offengelegt wurden und folglich zu mannigfaltigen Interpretationen darüber führen, welche Ziele eine sozialistische Partei anstreben sollte, erreicht die Diversität der Mitglieder zudem eine zusätzliche Steigerung. Überdies ist es naheliegend, dass ein Anstieg der inhaltlichen Heterogenität Auseinandersetzungen um den programmatischen Fokus der Partei forciert: Ein prominentes Beispiel der jüngeren Vergangenheit ist die bereits an anderer Stelle dieser Arbeit erläuterte Kritik des Wagenknecht-Lagers, nach der DIE LINKE ihren klassischen sozialpolitischen Schwerpunkt zugunsten von Klima- und Identitätspolitik vernachlässige bzw. ersetze.

### **Herausforderung C.2: Exklusivitätsverlust**

Wenngleich der Protest gegenüber anderen Parteien im General Incentives Model nicht den wichtigsten Beitrittsanreiz bildet, so stellt die persönliche Unzufriedenheit mit ihnen dennoch einen tragenden Beitrittsimpuls dar, der wesentlich die Distanzierung von anderen Parteien des linken Spektrums auf der einen, sowie von Regierungsparteien im allgemeineren Sinne auf der anderen Seite abbildet. War DIE LINKE im Fünf-Parteien-System der 2000er Jahre noch die einzige Alternative gegenüber der Logik schwarz-gelber und rot-grüner Bündnisse, ist sie heute angesichts einer gestiegenen Fragmentierung der Opposition in einer deutlich komplexeren Lage. Sowohl AfD als auch die haus-eigene Abspaltung um Sahra Wagenknecht bieten neben der LINKEN weitere Optionen für Personenkreise, die aus Protest und Unzufriedenheit gegenüber CDU, SPD, Grünen oder FDP eine Parteimitgliedschaft in Erwägung ziehen. Konnte DIE LINKE diesen Pool

potenzieller Anhänger – ähnlich wie jenen der Protestwähler – noch vor der Flüchtlingskrise weitreichend exklusiv ausschöpfen, befindet sie sich heute in einer deutlich ausgeprägten Wettbewerbssituation. Im Zusammenhang mit dieser Konkurrenzsituation scheint es auch schlüssig, dass negative Impulse durch gesellschaftliche Ereignisse, wie wirtschaftliche Krisen oder militärische Konflikte, weit weniger wahrscheinlich zu einer LINKEN-Mitgliedschaft führen – ein Umstand, der die Partei mit Blick auf ihr Rekrutierungspotenzial empfindlich treffen kann, da gerade diese Negativimpulse ein zentrales Moment für Neumitgliedergewinnung der Partei darstellen.

### **Herausforderung C.3: Fehlende Galionsfiguren**

Spitzenpolitiker entfalten nach gesellschaftlichen Ereignissen, Wahlen und Unzufriedenheit bzw. Protest eine ebenfalls hohe Impulswirkung auf die Beitrittsentscheidung. Ausgehend von den Befragungsergebnissen nennen vor 2014 eingetretene Personen in diesem Cluster maßgeblich drei konkrete Politiker: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, nicht zuletzt Schlüsselfiguren der Parteigründung von 2007, sowie – etwas abgeschlagen auf dem dritten Platz – Sahra Wagenknecht. Neumitglieder ab 2014 benennen hingegen lediglich zwei Personen, wobei Wagenknecht weit vor Gysi den wichtigsten Schlüsselimpuls des Clusters bildet. Mit ihrem Austritt im Oktober 2023 verliert DIE LINKE daher nicht nur eine Spitzenpolitikerin, die durch ihre Person in größeren Dimensionen die Eintritte der 2010er Jahre befördert hat, sondern auch ihre bis dato letzte Galionsfigur, die eine vergleichbar impulsgebende Wirkung auf potenzielle Neumitglieder entfaltet. Von den drei ursprünglich genannten Politikern besitzt lediglich noch Gregor Gysi das Parteibuch, wobei seine Relevanz bereits für die Neueintritte nach 2013 sank und er sich – trotz seines nach wie vor ausgeprägten öffentlichen Auftretens – von formalen Funktionsämtern innerhalb der Partei zurückgezogen hat.

### **Perspektive c.1: Abgrenzung und Heterogenität als Chance**

Der Zuwachs von Heterogenität, abgeleitet aus dem Interessensprofil und den Beitrittsimpulsen der Mitglieder sowie insbesondere der Neuzugänge, kann trotz der bereits in Herausforderung C.1 beschriebenen Risiken durchaus Chancen für DIE LINKE generieren. Zusätzliche Kerninhalte abseits der traditionellen Themenschwerpunkte der 1990er und 2000er Jahre ermöglichen mitunter Zugänge zu neuen Zielgruppen, wobei speziell Klima- und Migrationspolitik Potenziale für künftige Alleinstellungsmerkmale der LINKEN bieten: In Abgrenzung einer möglicherweise künftig restriktiveren Asylpolitik und einer von Experten als unzureichend kritisierten Klimapolitik seitens der rot-grün-gelben Regierung unter Olaf Scholz (vgl. Abschnitt 8.2) könnte DIE LINKE ihre Rolle als Sammelbecken für unzufriedene Anhänger der SPD bzw. der Grünen auf neuem inhaltlichen Terrain wiederfinden. Es scheint etwa schlüssig, dass eine Politik der offenen Grenzen bzw. eine liberalere Haltung in migrationspolitischen Fragen – im Schulterschluss mit den Beschlüssen des 6. Parteitags – DIE LINKE als soziokulturell eher libertäre Alternative im linken Spektrum profilieren kann.

## **Perspektive c.2: Antipode gegenüber der politischen Rechten**

Die Distanzierung von rechten Parteien und Bewegungen sowie die Angst vor einem nationalen und internationalen »Rechtsruck« definieren den mit Abstand wichtigsten Beitrittsimpuls im Rahmen gesellschaftlicher Ereignisse für Neuzugänge zwischen 2014 und 2019. Das identitätsstiftende Merkmal eines Gegenpols zu politisch rechten Tendenzen stellt demnach den wesentlichen Grund für den Eintritt in DIE LINKE dar, von dessen Wirkung die Partei angesichts elektoraler Erfolge der AfD möglicherweise auch in den 2020er Jahren hinsichtlich ihrer Neumitgliederrekrutierung langfristig profitieren kann.

d) Einstellungsprofil (Abschnitt 7 und Zwischenfazit IV) Das Einstellungsprofil der Mitglieder, zunächst überblicksartig durch die Analyse des zweidimensionalen Politikraums und des Inglehart-Indexes beschrieben, zeichnet in beiden Analysegruppen das erwartungsgemäße Bild einer sozioökonomisch der sozialen Gerechtigkeit und soziokulturell einer eher libertären Politik zugewandten Partei mit ausgeprägter postmaterialistischer Zielorientierung.

Das Institutionenvertrauen ist darüber hinaus geprägt von mehrheitlich positiven Werten gegenüber der Justiz sowie legislativen Einrichtungen – Parlamente erhalten dann ein höheres Vertrauen, wenn eine Fraktion der LINKEN existiert – und der wenig überraschenden Skepsis gegenüber Militär und Regierungsakteuren. Letztgenannte genießen bei unterschiedlicher Parteifarbe dennoch ein gewisses Vertrauensniveau bei den Mitgliedern der LINKEN, wobei eine Nähe im politischen Spektrum gleichzeitig höhere Vertrauenswerte forciert: SPD-Regierungen erhalten somit in den meisten Fällen bessere Ergebnisse als Kabinette unter Führung der Unionsparteien. Gegenüber Polizei und Printmedien kann bei beiden Analysegruppen ein ambivalentes Vertrauensbild beobachtet werden. Weiteren Medienformen – Fernsehen und Social Media – wird seitens der Mitglieder mehrheitlich mit Misstrauen begegnet. In der Gesamtschau ist ein leicht höheres Institutionenvertrauen bei Neumitgliedern ein charakteristisches Merkmal für diese Analysegruppe.

Hinsichtlich der generellen Bewertung zur Demokratie als beste Staatsform begegnen Mitglieder der LINKEN – Neumitglieder noch etwas mehr als die Gesamtpartei – den Demokratieprinzipien mehrheitlich mit großem Zuspruch. Dieser ist mit Zustimmungswerten oberhalb von 80 Prozent noch höher angesiedelt als in der Bevölkerung. Die Mitgliedschaft der Partei präsentiert sich ferner als Sammelbecken für kritische oder unentschlossene Demokraten, die zwar der Demokratie als System Rückhalt zusichern, jedoch dem Output der deutschen Demokratie skeptisch oder unschlüssig gegenüberstehen. Dies begründet nicht zuletzt ein schlüssiges Merkmal einer weitgehend aus der Opposition heraus agierenden Partei.

Mehr noch als die Gesamtpartei bringen Neuzugänge zwischen 2014 und 2019 eine allgemein große Bündnisbereitschaft mit anderen Parteien zum Ausdruck. Koalitionsgespräche werden, abseits regionaler Besonderheiten, vor allem mit SPD und Grünen befürwortet, wobei beide Parteien trotz eines marginal höheren Zuspruchs gegen-

über den Sozialdemokraten ähnlich oft und häufig gleichzeitig als wünschenswerte Partner für DIE LINKE genannt werden. Die Betrachtung weiterer Parteien suggeriert darüber hinaus die überregionale Nähe eines kleineren Teils der Mitglieder zur Satirepartei DIE PARTEI sowie lokale Spezifika, etwa die auffallend häufige Nennung des SSW in Landesverband Schleswig-Holstein. Ein bedeutsamer Schulterschluss mit Parteien des linksextremen Spektrums kann ausgehend von den Daten der Mitgliederbefragung 2019 nicht beobachtet werden: Parteien wie DKP, KPD und MLPD werden in der Gesamtschau noch seltener genannt als CDU, FDP oder Piratenpartei.

Der Blick auf die eigene Partei offenbart zunächst einen starken Rückgang der Responsivität zwischen 2009 und 2019 sowie eine wachsende Unentschlossenheit der Mitglieder über das Organisationsverständnis der LINKEN, d.h. der Ausrichtung zwischen den mitunter widersprüchlichen Polen einer Gesinnungsgemeinschaft und einer pragmatisch-wählerorientierten Partei. Die Fokusbetrachtung beispielhafter inhaltlicher Kontroversen offenbart weiterhin Abweichungen zwischen einzelnen Strömungen innerhalb der Partei, die sich besonders stark im Spannungsverhältnis zwischen erstrebenswerter Regierungsbeteiligung und der Rolle von außerparlamentarischem Protest, jedoch auch im Stellenwert des Marxismus und zumindest teilweise in Migrationsfragen äußern. Dabei nehmen Neumitglieder häufiger die Position des Reformerslagers ein.

Die grundsätzlichen Handlungsschwerpunkte anhand der in Komplex III gewonnenen Erkenntnisse vervollständigen abschließend das Bild der Mitgliederstruktur:

### **Herausforderung D.1: Mitglieder-Wähler-Distanz**

Obleich sich die Mitglieder der LINKEN den Wählern der Partei innerhalb der sozio-ökonomischen Achse des politischen Raums im temporalen Vergleich mit den Daten von 2009 geringfügig annähern, ist eine steigende Distanz auf der soziokulturellen Achse ein offenkundiger Befund der vorliegenden Studie. Bestärkt durch den Mitglieder-Trend hin zu einem libertärerem Politikverständnis entsteht dadurch ein wachsendes, inhaltliches Spannungsverhältnis zwischen Akteuren und Wählern der Partei.

### **Herausforderung D.2: Abstand und Nähe im linken Lager**

Einen wichtigen Schlüsselimpuls für Eintritte in DIE LINKE stellt die Unzufriedenheit mit anderen Parteien des linken Spektrums – SPD und Grünen – dar. Dieser markiert besonders bei der Betrachtung von Beitritten in den 2000er Jahren einen gewichtigen Faktor. Dem widerstrebend besteht bei bündnisoffenen Mitgliedern, deren Zahl nicht zuletzt in der Gruppe der Neumitglieder gestiegen ist, sowohl gegenüber SPD als auch Grünen eine sehr hohe Bereitschaft für mögliche Koalitionsgespräche. Der Zwiespalt, der durch den Charakter des Sammelbeckens für unzufriedene SPD- bzw. Grünen-Aussteiger auf der einen und der präferierten Partnerwahl auf der anderen Seite entsteht, deutet in der Konsequenz auf einen komplexen Spagat zwischen Abstand und Nähe der Partei zu Mitbewerbern im linken Lager hin.

### Herausforderung D.3: Strömungsdominanz

Auch nach dem Bruch zwischen den Anhängern Sahra Wagenknechts und der Partei sowie der daraus folgenden Abspaltung bestehen Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen Flügeln innerhalb der LINKEN. Zwar ist die formale Zugehörigkeit zu innerparteilichen Strömungen unter den Parteimitgliedern kein Massenphänomen, jedoch bleibt die ausgeprägte Bandbreite unterschiedlicher (ideologischer) Interessengruppen sowie deren Einfluss auf die politische Kursbestimmung – wie bereits an anderer Stelle in dieser Arbeit erläutert – ein besonderes Merkmal der LINKEN, die sich selbst als Sammlungspartei identifiziert.

So stellt die hier untersuchte, offene Frage nach einer möglichen Regierungsbeteiligung der LINKEN bzw. deren grundsätzliche Ablehnung einen alten Antagonismus in der Parteigeschichte dar, dessen finale Klärung aufgrund einander ausschließender Auffassungen einzelner Flügel auch in den eingehenden 2020er Jahren nicht absehbar ist. Ein weiterer Zwiespalt zwischen Strömungen ist die Bewertung des Marxismus bzw. dessen Bedeutung als ein traditioneller, theoretischer Unterbau der Partei: Seine Relevanz wird nicht nur von Reformern deutlich niedriger eingeschätzt als von Anhängern des orthodoxen Lagers, sondern auch im Generationenkonflikt zwischen jüngeren und älteren Parteimitgliedern unterschiedlich bewertet: Demnach nehmen die jüngeren Neumitglieder – wie auch in der Frage der Regierungsbeteiligung – tendenziell eher die Position des Reformers ein. Ein strategisches und ideologisches Spannungsverhältnis ist bei beiden exemplarischen Konfliktlinien eine offenkundige Konsequenz.

### Herausforderung D.4: Kurs-Dilemma und Responsivitätsverlust

Die Frage nach dem Organisationsverständnis, d.h. ob DIE LINKE eher Gesinnungsgemeinschaft oder pragmatische Wählerpartei sein sollte, bleibt weitgehend ungelöst. Ein gestiegener Anteil Unentschlossener zeigt sowohl einen misslungenen Spagat zwischen Mitglieder- und Wählerorientierung als auch einen verstärkten Widerspruch zwischen beiden Polen auf. Der Konflikt zwischen dem Erhalt programmatischer Konstanten und der Priorisierung von Mitgliederansichten einerseits sowie der dynamischen Anpassung inhaltlicher Eckpunkte an den Zeitgeist und der Priorisierung von Wähleransichten andererseits könnte sich darüber hinaus verschärfen: Eine gewachsene inhaltliche Distanz zwischen Mitgliedern und Wählern vor dem Hintergrund elektoraler Niederlagen forciert schlussendlich eine Steigerung der Unvereinbarkeit beider Orientierungen.

Ferner bringt der deutliche Verlust von Responsivität in der Einschätzung der Mitglieder ein sinkendes Vertrauensniveau zwischen Basis und Parteispitze zum Ausdruck, das – als Gradmesser für den Zustand der innerparteilichen Demokratie und Teilhabe verstanden – für eine Tendenz hin zu stärkerer Skepsis und Verdrossenheit der Mitglieder gegenüber ihrer eigenen Partei in den Jahren zwischen 2009 und 2019 spricht.

### **Perspektive d.1: Inhaltliche Profilierung**

Die soziokulturelle Ausprägung und Intensivierung eines verstärkt liberalen Schwerpunkts unter den Parteimitgliedern der LINKEN vollzog sich stetig über einen längeren Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten und keinesfalls sprunghaft: Bereits zwischen der Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 und den Folgeresultaten von 2009 ist eine liberale Tendenz erkennbar. Mit der Abspaltung des Lagers um Sahra Wagenknecht verliert die Partei – wie bereits in vorangegangenen Abschnitten der Arbeit erläutert – einen Flügel, der diese Kursentwicklung insbesondere in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre kritisierte. Das Spannungsverhältnis, das durch zunächst lähmende, innerparteiliche Konflikte schließlich 2023 zur Eskalation führte, wurde durch den Austritt Wagenknechts und der ihr zugewandten Mitglieder in weiten Teilen aufgelöst. Trotz unabsehbarer mittel- und langfristiger Konsequenzen für DIE LINKE könnte diese Zäsur eine Chance zur inhaltlichen Profilierung der Partei im Einklang mit dem langjährigen, eher libertären Trend innerhalb der Mitgliederstruktur bieten.

### **Perspektive d.2: Kongruenz**

Trotz Unterschieden zwischen Neumitgliedern und Gesamtpartei betten sich die Eintrittsjahrgänge 2014 bis 2019 weitgehend deckungsgleich in die bestehende Parteistruktur ein. Inhaltliche Spannungspotenziale (vgl. beispielhaft exemplarische Streitfragen zur Regierungsbeteiligung und der Rolle des Marxismus) bestehen punktuell zwar ebenso wie in Teilen höhere oder niedrigere Werte (vgl. beispielhaft erhöhtes Institutionenvertrauen bei Neumitgliedern). Tiefgreifende Brüche zwischen den Neuzugängen und der Gesamtpartei finden jedoch nicht statt. So ist bereits die Einordnung im zweidimensionalen Politikraum von lediglich marginalen Unterschieden zwischen beiden Analysegruppen geprägt. Befunde zum Institutionenvertrauen, zur Demokratiezufriedenheit sowie zur Bündnisoffenheit gegenüber anderen Parteien mögen im Detail Abweichungen beinhalten, spiegeln jedoch im Kern ein übereinstimmendes Profil wider, welches begünstigend auf die innerparteiliche Konsensfindung wirken sollte.

## **8.4 Ausblick**

Die vorliegende Arbeit fasst die Ergebnisse der bundesweiten Mitgliederbefragung 2019 der Partei DIE LINKE in ihrer thematischen Breite zusammen. Sie stellt schließlich im Einklang mit der gestellten Forschungsfrage – »Wer sind die Mitglieder der LINKEN?« – zunächst eine überblicksartige Schrift zu verschiedenen Untersuchungsebenen, von der Soziodemografie über Aktivität und Beitrittsmotivationen bis hin zu politischen Einstellungen, dar. Gleichzeitig kann sie jedoch auch als ein detailliertes Zahlenwerk verstanden und gelesen werden, welches das Profil der Mitgliederstruktur umfassend mittels zahlreicher Abbildungen, Tabellen und Indizes statistisch erfasst. Nicht zuletzt bildet sie

die Variante einer möglichen methodischen Fortschreibung und Erweiterung früherer Studien zur Annäherung an Parteimitglieder durch Instrumente der empirischen Sozialforschung.

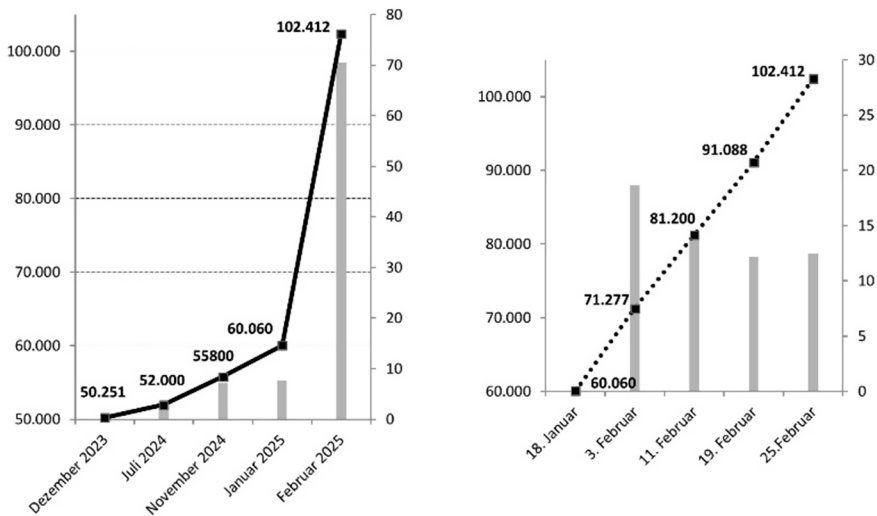
Für künftige wissenschaftliche Projekte bietet die Arbeit zahlreiche Anknüpfungspunkte, wobei die inhaltliche Vertiefung der einzelnen Befragungskomplexe einen ersten Schwerpunkt darstellen könnte. Forschungsfragen, die sich etwa weiterführend mit Migrationshintergründen oder der Repräsentation von Geschlechteridentitäten innerhalb von Parteimitgliederstruktur beschäftigen, sind hierbei ebenso denkbar wie die qualitative Betrachtung von Beitrittsimpulsen, deren Gesamtheit die vorliegende Studie im Rahmen ihrer quantitativen Grenzen angesichts einer vierstelligen Zahl von individuellen Freitextantworten nur eingeschränkt gerecht werden kann. Schlussendlich bietet der Einstellungskomplex in der Mitgliederbefragung lediglich eine Auswahl von Items: So wäre etwa die Untersuchung innerparteilicher Kontroversen in Bezug auf weitere Streitfragen innerhalb der LINKEN, wie etwa die Haltung der Mitglieder gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Rahmen von UN-Mandaten, eine mögliche Option für die inhaltliche Ausdehnung.

Abseits der alleinigen Vertiefung begründen die methodische Übertragung der in dieser Studie angewandten Instrumente auf andere Parteien und ein parteiübergreifender Vergleich naheliegende Forschungsvorhaben. Darüber hinaus können die gewonnenen Daten in der parteipolitischen Praxis dabei helfen, Erfolgsbedingungen für eine effiziente Neumitgliedergewinnung zu ergründen – möglicherweise auch über die Grenzen der LINKEN hinaus.

Ferner könnte ein stärker international ausgerichteter Forschungsansatz Erkenntnisse liefern, etwa durch den Vergleich mit Mitgliederstrukturen anderer linker Parteien in Europa oder global. Die Analyse langfristiger Trends, wie die Rolle neuer sozialer Bewegungen wie etwa Fridays for Future oder der Einfluss sozialer Medien auf die Mitgliederergewinnung und -bindung, würde weitere Perspektiven eröffnen. Schließlich könnten anknüpfend auch stärker interdisziplinäre Ansätze – etwa die Integration von Theorien zu sozialen Wandlungsprozessen oder die Untersuchung von Parteimitgliedern im Kontext moderner Technologien der politischen Kommunikation – die Forschung zu Parteimitgliedern bereichern und zur Entwicklung von qualifizierten Handlungsempfehlungen beisteuern. Dies könnte nicht nur dazu beitragen, die Rolle der LINKEN im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse besser zu verstehen, sondern würde möglicherweise einen praxisrelevanten Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der gesamten Parteienlandschaft im Hinblick auf Mitgliederstärke und Aktivität generieren.

Einen der wohl schlüssigsten Ansätze bietet letztlich der Längsschnitt-Vergleich. Die Geschichte der LINKEN wurde in den Folgejahren nach der Erhebung für die Mitgliederbefragung 2019 in mehreren Zäsuren fortgeschrieben, die vor dem Hintergrund krisenhafter Ereignisse in der Abspaltung des Wagenknecht-Lagers und dem Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag einschneidende Tiefpunkte fanden. Folglich fand sich DIE LINKE besonders 2024 in einer Krisenlage wieder, in der sie nach langen Richtungstreits und getrieben von elektoralen Niederlagen um Konsolidierung, Stabilität und mögliche Perspektiven rang.

Abbildung 94: Absolute Mitgliederzahlen und prozentuale Veränderungen im Zeitraum Dezember 2023 bis März 2025 mit Fokusbetrachtung Februar 2025. Die prozentuale Veränderung bezieht sich in beiden Diagrammen auf den jeweils vorherigen Datenpunkt



Eigene Darstellung

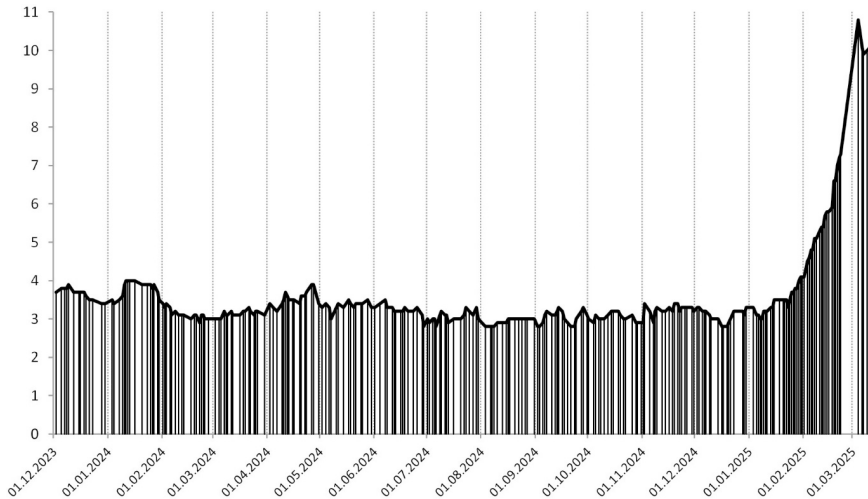
Im starken Kontrast dazu erhielt die Partei nicht nur elektoral, sondern besonders mit Blick auf einen historischen Anstieg ihrer Mitgliederzahlen vor und nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 überraschend Aufwind (vgl. Abb. 94). Nachdem im Zuge des Wagenknecht-Austritts im Dezember 2023 ein Tiefpunkt der absoluten Mitgliederzahl erreicht war, folgte im Jahr 2024 eine längere Konsolidierungsphase, in der die Partei zunächst vor dem Hintergrund der Europawahl im Juni einen leichten Zuwachs meldete. Ein deutlicherer Anstieg folgte nach dem Ende der Ampelkoalition sowie der erneuten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten zum Jahresende, wobei DIE LINKE im Rahmen ihres außerordentlichen Parteitages zur vorgezogenen Bundestagswahl am 18. Januar 2025 erstmals nach über drei Jahren wieder über 60.000 Mitglieder meldete.<sup>65</sup> Trotz merklichen Anstiegs der Mitgliederzahl ließ der Wahlrend bei der Sonntagsfrage noch im Januar – einen Monat vor der Bundestagswahl – eine weitere Wahlniederlage der Partei vermuten: Bereits nach dem Austritt Wagenknechts attestierten Wahlumfragen der ohnehin schon elektoral instabilen LINKEN einen weiteren Abwärtstrend, der über das komplette Jahr 2024 auf einem niedrigen Niveau unterhalb von vier Prozent und fernab der Fünf-Prozent-Hürde stagnieren sollte (Abb. 95<sup>66</sup>). Deutliche Stimmenverluste bei der Europawahl sowie bei den ostdeutschen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen

65 Vgl. RND 2025.

66 Vgl. DAWUM 2025a; Der Wahlrend wird hierbei mehrfach im Monat aus einem gewichteten Durchschnitt von Wahlumfragen verschiedener Institute berechnet.

und Brandenburg<sup>67</sup> – im Schatten eines wesentlich erfolgreicherer BSW – bestätigten erschwerend einen pessimistischen Ausblick auf die Bundestagswahl 2025.

Abbildung 95: Umfragetrend zur Bundestagswahl (Sonntagsfrage). Zeitverlauf vom 1. Dezember 2023 bis 11. März 2025



Eigene Darstellung auf Datengrundlage von DAWUM 2025

Im Februar sollte sich für DIE LINKE schließlich sowohl mit Blick auf die Mitgliederzahlen als auch auf die Wahlprognosen eine deutliche Trendwende vollziehen: Einerseits gelang der Wiedereinzug in den Bundestag mit einem Wahlergebnis von 8,8 Prozent deutlich, andererseits traten binnen eines Monats über 40.000 Menschen in die Partei ein. Das ambitionierte Ziel einer Gesamtmitgliederzahl von 100.000 bis zum Jahr 2030, welches die ehemaligen Parteivorsitzenden Wissler und Schirdewan noch weniger als drei Jahre zuvor proklamierten, wurde unter der neuen Parteiführung von Ines Schwerdtner und Jan van Aken bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2025 erreicht.

Ogleich belastbare Daten und Studien zum durchaus überraschenden Erfolg der LINKEN im Februar 2025 fehlen und weitgehend unklar ist, inwiefern sich die Mitgliederstruktur der »neuen Linken«<sup>68</sup> im Detail durch die sprunghaft gestiegenen Eintrittszahlen binnen kürzester Zeit verändert hat, kann ausgehend von den Befunden der Mitgliederbefragung 2019 zumindest eine sehr naheliegende Vermutung zu möglichen Erfolgsfaktoren geäußert werden: Sowohl Wahltrend als auch Mitgliederzahl

67 Vgl. DAWUM 2025b; Europawahl 2024: 2,7 Prozent (2019: 5,5 Prozent), Landtagswahl Sachsen: 4,5 Prozent (2019: 10,4 Prozent), Landtagswahl Thüringen: 13,1 Prozent (2019: 31,0 Prozent), Landtagswahl Brandenburg: 3,0 Prozent (2019: 10,7 Prozent).

68 Maurer 2025.

erlebten nach gemeinsamen Abstimmungen von CDU und AfD im Bundestag zur Verschärfung der Migrationspolitik Ende Januar eine schlagartige Aufwärtsbewegung. DIE LINKE hatte sich darüber hinaus als einzige Partei im Wahlkampf nicht für Beschränkungen der Migration ausgesprochen, wodurch sich durchaus thematische Exklusivität generieren konnte.<sup>69</sup> Bereits bei den Neueintritten zwischen 2014 und 2019 bestand in der Befürchtung eines Rechtsrucks bzw. im Wunsch, politisch rechten Kräften durch die eigene Mitgliedschaft etwas entgegenzusetzen, der mit Abstand wichtigste Beitrittsimpuls. Aus Perspektive dieser Erkenntnis, scheinen Neueintritte ausgehend von einem Bedeutungszuwachs der AfD innerhalb der politischen Willensbildung sehr schlüssig, wenngleich die Intensität in Form einer solchen Trendwende unvorhersehbar war. Weiterhin schaffte es DIE LINKE, die höchsten Stimmenanteile aller Parteien bei Erstwählern zu mobilisieren: Konnte sie 2021 lediglich 8 Prozent in dieser Gruppe erreichen, waren es bei der Bundestagswahl 2025 ungleich höhere 27 Prozent. Medial wurde dabei vor allem der Erfolg Heidi Reichinnek in den sozialen Medien betont.<sup>70</sup> Ob diese sich jedoch langfristig als neue Galionsfigur der Partei etablieren kann, bleibt jedoch abzuwarten. Schlussendlich könnte der Vergleich der Befunde aus der Mitgliederbefragung 2019 mit jüngeren Daten vielschichtig neue Erkenntnisse darüber offenlegen, wie sich die Mitgliederstruktur der Partei innerhalb weniger Jahre zwischen tiefer Krise und möglichem Neuanfang entwickelt hat.

---

69 Vgl. Palzer 2025; Seidel 2025.

70 Vgl. Palzer 2025.